

## **Beschluss - Kommunalpolitische Grundsätze der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl in Weimar und seinen Ortsteilen am 26. Mai 2019**

### **Beschlusstext:**

Die Mitgliederversammlung der Weimarer LINKEN am 23. März 2019 hat die nachfolgenden „*Kommunalpolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl in Weimar und seinen Ortsteilen*“ beschlossen, die sowohl inhaltliche Grundlage für die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf, als auch inhaltlicher Rahmen für die Arbeit der am 26. Mai 2019 neugewählten DIE LINKE. FRAKTION IM WEIMARER STADTRAT in der kommenden Legislaturperiode sind.

Der Kreisvorstand wird beauftragt, die Kommunalpolitischen Grundsätze im Wahlkampf in geeigneter Form zu publizieren. Ein Entwurf für ein Kurzwahlprogramm findet sich in einem gesonderten Beschluss und spiegelt diese Grundsätze inhaltlich wieder:

### **„ Ein Weimar. Für alle.**

Mitten im Grünen, vor einer Kulisse aus Geschichte, Kunst, Architektur und kulinarischen Genüssen leben Menschen unterschiedlichster Gruppen friedlich miteinander in Weimar. Sie alle haben ein berechtigtes Interesse, ihren Alltag zu bewältigen und bei wichtigen Entscheidungen für ihre Stadt einbezogen zu werden. Sie messen ihre Lebensqualität an der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Dazu zählen gutes Wohnen mit erschwinglichen Mieten, gute Arbeit, funktionierende Infrastruktur, Versorgungssicherheit, ein breites Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot und nicht zuletzt saubere Luft, sauberes Trinkwasser und eine intakte Natur zum Erholen und Kräfte sammeln. Ihren Anliegen werden wir uns zuwenden, gut zuhören und gemeinsam Lösungsansätze suchen, die wir in den Stadtrat einbringen.

Was gut läuft, soll natürlich auch in Zukunft so bleiben. Wir wollen Weimar aber noch besser machen, denn auch in unserer Stadt treibt das wachsende soziale Gefälle die Gesellschaft auseinander. Menschen leben da am glücklichsten und ihr Zusammenhalt ist am stärksten, wenn Unterschiede in den Lebensbedingungen am geringsten ausgeprägt sind und wir teilen uns eine Welt, die wir nur bewahren können, wenn wir alle gemeinsam Lösungsansätze verfolgen. Zu Vielen fehlt jedoch immer noch ganz oder teilweise die Möglichkeit zur Teilhabe am vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot unserer Stadt. Deshalb wollen wir für gute und gleichwertige Lebensbedingungen streiten. Unser Weimar soll für alle Menschen lebenswert sein. Alle sollen sich in ihrer Stadt wohlfühlen.

1. Ein Weimar, das eine friedliche, soziale und ökologische Welt für alle mitgestaltet [1]
2. Ein Weimar, das den Alltag aller erleichtert [3]
3. Ein Weimar, in dem die Grundbedürfnisse aller erfüllt werden [5]
4. Ein Weimar, in dem es sich für alle zu leben lohnt [9]

### **1. Ein Weimar, das eine friedliche, soziale und ökologische Welt für alle mitgestaltet**

Weimar als Ort kollektiver Erinnerung

Schwur von BUCHENWALD

Initiativen für Demokratie und Antifaschismus

Weimar hat weltgeschichtliche Tragweite: Es ist die Stadt, in der vor genau 100 Jahren die erste demokratische Verfassung des Landes verabschiedet wurde. Das DEUTSCHE NATIONALTHEATER als Entstehungsort ist zugleich Erinnerungs- und Kulturstätte und seine Erhaltung genießt daher oberste Priorität. Weimar ist aber gleichzeitig Hauptstandort des größten innerdeutschen Konzentrationslagers BUCHENWALD, wo zehntausende Häftlinge aus rassistischen oder politischen Gründen inhaftiert, gequält und getötet wurden. Eine besondere Bedeutung für DIE LINKE in Weimar hat deshalb die GEDENKSTÄTTE BUCHENWALD und die Zusammenarbeit der Stadt Weimar mit ihr. Wir stehen in der Verantwortung des zur Befreiung des Konzentrationslagers geleisteten Schwurs von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Wir stehen deshalb unbeirrt an der Seite des BÜRGERBÜNDNISSES GEGEN RECHTSEXTREMISMUS und weiterer Initiativen,

Im HAUS DER DEMOKRATIE aus der Geschichte lernen	Vereine und Einzelpersonen - im Stadtrat und auf der Straße. Wir begrüßen die baldige Eröffnung des HAUSES DER WEIMARER REPUBLIK, wo aus den Fehlern der jungen Demokratie gelernt werden kann.
Klare Kante gegen Menschen- und Bürgerrechtsfeindlichkeit	Leider sehen wir uns aktuell einer von Menschen- und Bürgerrechtsfeindlichkeit geprägten Stimmung ausgesetzt - vor allem gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft, aber auch gegen die zivilisatorischen Errungenschaften unserer Geschichte. Wir werden alle faschistoiden, totalitären, autoritären, menschen- und demokratiefeindlichen Ideologien als solche entlarven und ihnen deutlich widersprechen. Wir nutzen unsere Erfahrungen über deren Strukturen, Taktiken und Argumentationsmuster, sowie unsere Redezeiten und Netzwerke, um konsequent zu widersprechen und Manöver zu demaskieren. Wir fühlen uns Demokratie, Aufklärung und Humanismus gegenüber verpflichtet und kämpfen für mehr davon.
Konsequent Widersprechen und Aufklären	Unser eigenes Handeln messen wir an den Verfassungsgrundsätzen des Grundgesetzes - jede Maßnahme muss verhältnismäßig und angemessen sein, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Wo immer Leben und Gesundheit von Menschen geschützt werden müssen, setzen wir uns für geeignete und erforderliche Sicherheitsmaßnahmen ein. Vermeintlich Sicherheit schaffenden aber tatsächlich Freiheit gefährdenden Maßnahmen (z.B. Videoüberwachung), stellen wir uns aber entgegen.
Mit gutem Beispiel voran	Der Kampf gegen den Faschismus ist für uns untrennbar mit dem für Frieden und internationale Zusammenarbeit verbunden. Wir wollen keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen und im Stadtbild. Eine differenzierte Auseinandersetzung wollen wir hingegen anregen und fördern und Lehrkräften Kontakte zu friedensaktiven Referent_innen vermitteln - auch für Gegenüberstellungen. Unsere bestehenden internationalen Städtepartnerschaften wollen wir als Zeichen der Verständigung pflegen und ausbauen. So können wir auch außerhalb Weimars unsere Verantwortung wahrnehmen und die historische Erfahrung: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ weitergeben. Uns wurde bekannt, dass in unserer polnischen Partnerstadt Zamość, der Geburtsstadt ROSA LUXEMBURGS, die Gedenkplakette am Geburtshaus LUXEMBURGS entfernt wurde und schließen uns der Forderung an, diese wieder anzubringen.
Frieden - das höchste Gut	DIE LINKE stellt die Verteilungsfrage und will die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen überwinden, weil sie unvereinbar mit einer sozialen und gerechten Gesellschaft ist. DIE LINKE kämpft für einen sozial-ökologischen Wandel, denn Ressourcenknappheit und Zerstörung von Landschaft, Artenvielfalt und Klima sind Gerechtigkeitsprobleme. Wir denken global mit dem Blick auf das große Ganze und handeln lokal, indem wir an Lösungen mitwirken, die zu Weimar und seinen Ortsteilen passen. Wir sind überzeugt: Das Verfolgen ökologischer Ziele bedeutet nicht Verzicht, sondern gesteigerte Lebensqualität für uns, unsere Kinder und Enkel.
Über Weimar hinaus wirken	Wir fordern eine sozial-ökologische Folgekostenabschätzung bei jeder Entscheidung und die Fortschreibung des Klimaschutzmanagements, um den ökologischen Fußabdruck Weimars zu verbessern. Wir setzen uns ein für die ausschließliche Verwendung von Ökostrom und Ökogas sowie nachhaltiger Produkte in der Verwaltung und den städtischen Betrieben. Wir wollen beginnen, Weimar bereit für alternative Antriebstechnologien zu machen, indem wir für die Stadt und ihre Betriebe entsprechende Fahrzeuge anschaffen und Ladenetze ausbauen. Wir wollen prüfen, inwiefern sich vorhandene Stromnetze z.B. in der Straßenraumbelichtung für Ladevorgänge nutzbar machen oder LED-Leuchten zum Schutz von Ressourcen
Global denken - lokal handeln	
Sozial-ökologischer Wandel	
Sozial-ökologische Folgen beachten	
Mehr Ökostrom, nachhaltige Technologien und Rohstoffe	
Alternative Antriebe	
Technologien nutzen	

Lebensräume erhalten	einsetzen lassen. Zum Schutz der Artenvielfalt werden wir uns für mehr Heu-, Blumen und Streuobstwiesen einsetzen und die Bewirtschaftung von städtischen Flächen an diesem Ziel anpassen. Dünge- und Pflanzenschutzmittel dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn sie nachhaltig sind und dem Erhalt der natürlichen Vielfalt nicht entgegenwirken. Bei Abfallentsorgung und Mülltrennung wollen wir erreichen, dass Weimar das Potential zur Weiternutzung, Umnutzung, Wiederverwendung, Wiederverwertung und Aufwertung im Rahmen einer positiven Umweltbilanz voll ausschöpft- z.B. engagieren wir uns seit einiger Zeit für eine eigene Biogasanlage. Wenn das Verbrennen von Grünschnitt aus guten Gründen in der Regel untersagt ist, machen wir uns aber auch stark dafür, dass wohnortnah ausreichend kostenfreie Zwischenlagerstätten geschaffen werden. In der Ansiedlungspolitik setzen wir uns gern für Unternehmen ein, die bestrebt sind, eine regionale Kreislaufwirtschaft zu etablieren und werden ein Konzept vorlegen, um Interessierte miteinander zu vernetzen. Wir unterstützen sozial-ökologische Initiativen wie das SOZIALKAUFHAUS, den WELTLADEN, den Umsonstladen DIE SCHENKE, offene Bücherregale und Pfandsysteme. Wir wollen einen Ökoaktionsplan für Weimar in einem breiten Dialog- und Beteiligungsverfahren entwickeln. Grundsätzlich werden wir alle rechtlichen, planerischen und politischen Gelegenheiten nutzen, bei städtischen Investitionen (insbesondere Bauprojekte) auf Produkte und Dienstleistungen zurückzugreifen, die hohen Standards bei Arbeitsbedingungen, Dauerhaftigkeit, sowie Ökologie entsprechen und kurze Transportwege benötigen.
Nachhaltige Abfallwirtschaft	
Wohnortnahe Entsorgung	
Regionale Kreislaufwirtschaft etablieren	
Einflussmöglichkeiten ausschöpfen	
<b>2.</b>	<b>Ein Weimar, das den Alltag aller erleichtert</b>
Kostenfreie Kindergärten	Eine Stadt muss an allererster Stelle für ihre Bewohner_innen da sein, die hier ihren Alltag bewältigen müssen. DIE LINKE findet, Kindergärten müssen gebührenfrei werden und setzt sich dafür auf Landes- und Bundesebene ein. Im Sinne von mehr Mitbestimmung, Kostenkontrolle und Transparenz setzen wir uns grundsätzlich für die Rekommunalisierung von Kindergärten ein. Viele Menschen arbeiten am Abend, nachts, in Schichten oder müssen gänzlich flexibel sein. Um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, sind Kindergarten-Angebote mit flexiblen und bedarfsgerechten Öffnungszeiten auszubauen. Oberstes Gebot dabei ist das Kindeswohl. Gleichzeitig sind die Öffnungszeiten des Bürgerbüros der Stadt hinsichtlich ihrer Familien- und Arbeitnehmerfreundlichkeit zu prüfen. Mindestens eine monatliche Samstagsöffnung ist beizubehalten. Wir wollen, dass Kinder ihre Wege zu Freunden, zur Schule oder zu Freizeiteinrichtungen sicher und möglichst selbstständig zurücklegen können. Deshalb müssen öffentliche Verkehrsmittel zumindest für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre kostenfrei werden.
Kindergärten rekommunalisieren	
Bedarfsgerechte Betreuungsangebote	
Arbeiter_innen verdienen Unterstützung	
Kostenfreier ÖPNV unter 16	
Fußgänger, Radverkehr und ÖPNV gegenüber Automobilität stärken	Großes Verbesserungspotential erkennen wir bei der Mobilität in Weimar. Der Öffentliche Personennahverkehr, der Rad- und Fußgängerverkehr sowie neue ökologische Fortbewegungsmittel sollen gezielt gestärkt werden, sodass deren Nutzung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr spürbar attraktiver wird und Menschen insbesondere innerhalb der Stadt auf die Nutzung von privaten KfZ verzichten können und werden. Unser Ziel ist es, umwelt- und gesundheitsschädigenden Autoverkehr in der Stadt zu minimieren. Die spezifischen Interessen von Fußgänger_innen müssen stetig in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Wir wollen ein konsequentes Radverkehrskonzept mit echten, vom motorisierten Verkehr getrennten Radwegen, statt bloßen Schutzstreifen, ein

	<p>Radwegenetz statt plötzlich endende Radwegabschnitte. Bike+Ride-Anlagen, die die Radnutzung mit dem ÖPNV-Netz verbinden, müssen ausgebaut werden. Angebote zur flexiblen Ausleihe von Fahrrädern oder E-Scootern, die an anderer Stelle zurückgegeben werden können, müssen geschaffen werden.</p>
Infrastrukturinvestitionen: kontinuierlich, zukunftsfähig, koordiniert und sozial	<p>Um Investitionsstau zu vermeiden, werden mit uns Infrastrukturinvestitionen kontinuierlich erfolgen und sich nach ihrer Zukunftsfähigkeit und ihren Auswirkungen auf alle Gruppen von Verkehrsteilnehmer_innen richten. Baumaßnahmen müssen besser miteinander koordiniert werden, um wiederholte Beeinträchtigungen an gleicher Stelle zu minimieren. Straßenausbaubeiträge sind ungerecht und lehnen wir ab. Wir erwarten vom THÜRINGER LANDTAG, die durch die Koalitionsregierung angekündigte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zügig gesetzlich umzusetzen.</p>
Blitzen für Sicherheit statt Konzernprofit	<p>Ein wichtiges Element für Verkehrssicherheit stellt Geschwindigkeitsüberwachung dar. Die sogenannten "Blitzer" müssen dabei gezielt an wirklichen Gefahrenschwerpunkten und sensiblen Stellen wie Grundschulen, Kindergärten oder Wohngebieten eingesetzt werden. Ihre verhaltensändernde Funktion verlieren sie dann, wenn Menschen das Gefühl bekommen, dass sie an Orten installiert sind, an denen sie überwiegend der Erwirtschaftung von Geld dienen sollen. Eine Gesamtevaluation vorhandener Verkehrsüberwachungssysteme werden wir daran ausrichten und gegebenenfalls auch stationäre Geräte neu platzieren. Auch die Vergabe der stationären Verkehrskontrolle an private Unternehmen werden wir hinsichtlich ihrer Wirkung auf Akzeptanz bei Verkehrsteilnehmer_innen sowie Kosten für den öffentlichen Haushalt überprüfen.</p>
Ruhenden und fließenden Verkehr besser steuern	<p>Mittels Gebührenstrukturen bei Parken und Nahverkehr, sowie Anreizen und Alternativangeboten wollen wir verstärkt steuernd auf den ruhenden Verkehr einwirken. Unser Ziel ist kein automobilitätsfreies Weimar, sondern Verfügbarmachung der Parkraumkapazitäten für diejenigen, die keine Wahl haben, außer ihr Auto zu benutzen. Dazu zählen Anwohner_innen, Handwerker_innen, Kulturschaffende, Ein- und Auspendler_innen und mit Einschränkungen auch die Kund_innen des Einzelhandels und Geschäftsreisende. Im Falle von Tourist_innen, Tages- und Veranstaltungsbesucher_innen halten wir es für zumutbar, direkt mit Bus oder Bahn anzureisen oder das Fahrzeug am Ortseingang abzustellen. Als Voraussetzung dafür müssen wir ein Park+Ride-System (P+R) bereitstellen, das seinen Namen verdient. In jedem Fall muss die Ausschilderung vorhandener und neugeschaffener P+R-Stellplätze auch für Erstbesucher_innen zielsicherer zum Abstellort führen. Bei der Erschließung zusätzlicher P+R-Stellplatzkapazitäten wollen wir neue Wege beschreiten und Kooperationen mit Unternehmen und Gewerbetreibenden am Stadtrand anstreben, um vorhandene Parkflächen auch öffentlich nutzbar zu machen und im Gegenzug diese Standorte an das Busnetz der Stadt Weimar anzuschließen. Damit P+R wirklich akzeptiert wird, muss das System Sicherheit ausstrahlen, in akzeptabler oder besserer Zeit an das gewünschte Ziel in der Innenstadt zu gelangen und auch spät abends zum Fahrzeug zurückkommen zu können. Deshalb wollen wir uns für eine Nachtbuslinie mit einer 60- bis 90-Minutentaktung einsetzen, die gleichzeitig die Ortsteile besser einbezieht. Wir wollen prüfen, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr in Weimar zielgruppengerechter und barrierefreier gestalten können. Insgesamt brauchen wir mehr Personal und weniger Standzeiten. Wir werden den Einsatz kleinerer Busse prüfen. Wir halten weiter am Ziel eines fahrscheinfreien öffentlichen Personennahverkehrs fest. Wir werden diesbezügliche Versprechen aus dem Oberbürgermeisterwahlkampf einfordern oder nötigenfalls mit einem eigenen Antrag in die Initiative gehen. Die Teilnahme an einem landesweiten Modellprojekt</p>
4 Verkehr den, die auf ihn angewiesen sind	
Park+Ride, das seinen Namen verdient	
Gewerbeparkplätze in Randlagen verfügbar machen	
ÖPNV verlässlich gestalten	
Nachtbuslinien	
ÖPNV zielgruppengerecht	
Fahrscheinfreiheit einfordern	

Kostenfreier Nahverkehr als Perspektive	stellt eine weitere Option dar. Die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs steigt grundsätzlich mit seiner Benutzbarkeit. DIE LINKE setzt sich perspektivisch für einen gänzlich kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr ein, denn hier liegt das größte Potenzial zur Verkehrsentslastung der Ortszentren und für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land.
Kein Geschäft mit der „Notdurft“	Von kostenfreien und jederzeit nutzbaren öffentlichen Toiletten profitieren sowohl Einwohner_innen als auch Gäste. Zusätzlich erhöhen sie die Attraktivität der Innenstadt und können örtliche Konflikte entschärfen. Wir wollen außerdem, dass auf Weimars öffentlichen Toiletten Damenhygieneartikel mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie Toilettenpapier angeboten werden.
Verwaltung und Stadtgesellschaft sicher und professionell digitalisieren	DIE LINKE will die Chancen der Digitalisierung nutzen, um Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen, die Kommunikation zwischen Verwaltung einerseits und Einwohner_innen oder Unternehmen andererseits zu beschleunigen und auch die Transparenz von und die Information über Verwaltungsentscheidungen zu erhöhen. Der Schutz personenbezogener Daten oder von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen genießt dabei oberste Priorität. Mit einer Digitalisierungsstrategie für die Stadt Weimar sollen gleichzeitig die Voraussetzungen geschaffen werden, dass jeder Haushalt im Stadtgebiet und den Ortsteilen an das Breitbandnetz angeschlossen werden kann und ein kostenloses W-LAN-Netz zur Verfügung steht - in der Innenstadt, sowie auch an Hotspots in den Ortsteilen, z.B. an Bushaltestellen. Die Stadt Weimar soll sich am Transparenzportal des Landes beteiligen und Informationen der kommunalen Verwaltung entsprechend des neu geschaffenen Thüringer Transparenzgesetzes proaktiv veröffentlichen.
IT-Infrastruktur und IT-Strategie	
Breitbandanschlüsse und kostenloses WLAN	
Transparenz für Verwaltungsdaten	

3. **Ein Weimar, in dem die Grundbedürfnisse aller erfüllt werden**

Spekulationen beenden	Wohnen ist eine der Aufgaben mit der größten Tragweite auf kommunaler Ebene: Jeder Mensch braucht einen angemessenen privaten Lebens- und Rückzugsraum. Wir müssen Spekulationen den Riegel verschieben und als Kommune Vorkaufsrechte nutzen. Bei privaten Bauträger_innen ist durch Bauträgerauflagen und vertragliche Bindung das Prinzip: „Konzept vor Preis“ durchzusetzen. Wir fordern eine eigene Vergaberichtlinie für städtisches Eigentum. So können wir für mehr neue Wohnformen sorgen, wie z.B. ambulante Wohngemeinschaften oder Generationenwohnen.
Mitsprache bei privaten Bauvorhaben Mehr alternative Wohnformen	Wohnungen müssen altersgerechter und barrierefreier werden. Eine wichtige Grundlage für Entscheidungen soll weiterhin das Wohnraumentwicklungskonzept liefern.
Bedarfsgerechter Wohnungsbau	Auch in Weimar beobachten wir Gentrifizierungsprozesse, bei denen zunehmend wirtschaftlich Schwächere aus der Innenstadt gedrängt werden. In der Kernstadt muss deshalb sichergestellt werden, dass sich auch Familien, Studierende und Rentner_innen dauerhaft die Miete ihrer Wohnungen leisten können. Der allgemeinen Preissteigerung kann nur durch öffentlichen sozialen Wohnungsbau entgegengewirkt werden. Wir wollen für Weimar ein Verfahren etablieren, das bei allen – auch privaten – Neubauprojekten eine Quote von 20 Prozent Sozialwohnungen vorsieht. Die Ausschüttungen aus den Gewinnen der Wohnstätte müssen gedeckelt werden, damit für diesen Zweck genügend Kapital aufgebaut werden kann. Sie wird zusätzlich in die Lage versetzt, vorausgesetzte Eigenanteile aufzubringen, um Fördermittel von Bund und Land für bezahlbaren Wohnraum auszuschöpfen.
Mieten begrenzen durch sozialen Wohnungsbau	
Kapital aufbauen – Fördermöglichkeiten ausschöpfen	
Genossenschaftsmodelle stärken	Unterschiedliche Formen genossenschaftlichen Wohnens können das enge Wohnraumangebot darüber hinaus abfedern. Hier fordern wir Rechtsberatung

Monopolisierung von Wohneigentum verhindern	und mehr Übersicht über verfügbare und geeignete Objekte für die Initiativen. Einer Privatisierung von in kommunalen Besitz befindlichen Wohnraum oder Unternehmensanteilen der WEIMARER WOHNSTÄTTE GMBH erteilen wir eine deutliche Absage. Darüber hinaus entlastet auch zusätzliches selbstgenutztes Wohneigentum letztendlich den Wohnungsmarkt. Wir werden prüfen, wie insbesondere Familien durch kostengünstiges Bauland bzw. Zuschüsse für Lückenbebauungen beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch die Stadt Weimar unterstützt werden können. Statt neue Flächen ohne Anbindung mit reinen Einfamilienwohnhaussiedlungen zu versiegeln, wollen wir die vorhandenen Siedlungsstrukturen mit einem qualitativen Wohnumfeld stärken. Für diesen Zweck sollen Leerstände und Lücken geschlossen und Konzepte zur Nachverdichtung und Aufstockung vorhandener Häuser entwickelt werden.
Selbstgenutztes Wohneigentum	
Gegen Suburbanisierung und Flächenversiegelung	
Kreative und innovative Potenziale der Hochschulen nutzen	Für den Wohnungsbau unter komplizierten städtebaulichen Bedingungen haben wir in Weimar mit der BAUHAUS-UNIVERSITÄT einen bislang noch nicht gehobenen Schatz voller Innovationsideen. Wir wollen, dass der Stadtrat in Zukunft zweimal im Jahr eine Liste interessanter und konkreter Weimarer Herausforderungen für die Fachbereiche der Fakultäten zusammenstellt, den Lehrstühlen übergibt und zusätzlich veröffentlicht. Entscheidet ein Lehrstuhl, sich einer der Aufgaben anzunehmen oder regen Studierende selbstständig Abschlussarbeiten an, werden die nötigen Informationen und Unterstützungen (z.B. Katasterdaten) seitens der Stadtverwaltung genauso zur Verfügung gestellt, als ob mit einem kommerziellen Planungsbüro zusammengearbeitet würde. Studierende profitieren, denn sie können den Planungsort jederzeit noch einmal besichtigen, sammeln Erfahrung mit echten öffentlichen Auftraggeber_innen und erhalten die Chance, ihre Ideen im Maßstab 1:1 an der Wirklichkeit zu prüfen.
Attraktives und praxisbezogenes Studium	
Gleichwertige Lebensbedingungen in den Ortsteilen	Viel Wohnraum existiert auch bereits in den Ortsteilen Weimars, ist aber mangelhaft an die Innenstadt angebunden. Insbesondere eine sichere und annehmbare fußläufige Anbindung für Weimar-Nord ist zu schaffen. Tatsächlich wurden in den letzten Jahren in den Ortsteilen Fortschritte gemacht und uns muss viel daran gelegen sein, dass sich das nun auch in Weimar herumspricht. Wir wollen für die Ortsteile als attraktive und lebenswerte alternative Wohnorte werben, statt diese zu stigmatisieren. Zur Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen in den sich unterscheidenden Ortsteile sind aber noch weitere Anstrengungen notwendig. Aufgrund der Lage, Bebauungs- und Sozialstruktur haben die Ortsteile Schöndorf-Waldstadt, Weimar Nord und Weimar West einen besonderen Förderbedarf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Weimar in ihrem Stadtentwicklungskonzept diese Ortsteile besonders berücksichtigt. Die freiwilligen Feuerwehren in Weimars Ortsteilen leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Für sie wollen wir eine Mitgliederkampagne auf Stadtebene durchführen und zusätzlich durch kostenfreie kommunale Dienstleistungen Mitmachanreize setzen. Um die Beteiligung der Einwohner_innen und die demokratische Mitwirkung der Ortsteilräte zu erhöhen, sollte ein eigenes Budget zur Verfügung stehen, mit dem in den Ortsteilen kleine und für sie wichtige Maßnahmen in eigener Verantwortung realisiert werden können. Grundsätzlich ist eine frühzeitige Einbeziehung der Ortsteilräte und Ortsteilbürgermeister in Entscheidungen der Stadt und eine Beteiligung der Einwohner_innen in den Ortsteilen Voraussetzung für eine gute Entwicklung der gesamten Stadt. Wir wollen die Mehrgenerationenhäuser und Ortsteilzentren erhalten und – wie in Weimar-Nord - neu schaffen. Darüber hinaus wissen wir: auch
Fortschritte der Ortsteile besser vermitteln	
Stadtentwicklungskonzept	
Freiwillige Feuerwehren - Mitgliederkampagne	
Ortsteilzentren und MGHs erhalten und ausbauen	

	weitere Ortsteile wünschen sich offene Räume für Begegnung, Freizeitgestaltung und Kultur.
Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand	Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören nicht in private Hände und der Wirtschaftslogik der Gewinnerzielung unterworfen. Güter und Dienstleistungen, die für die Existenz notwendige Grundlage sind, wie Mobilität, Wasserversorgung und Abwasser- sowie Müllentsorgung müssen genauso öffentlich wahrgenommen werden, wie Betreuung, Bildung oder der Brandschutz. Die hohen Anforderungen an Versorgungssicherheit und Qualität bei der Erfüllung überlebenswichtiger Aufgaben widersprechen den Prinzipien des freien Marktes. Auch die Bedingungen städtischer Dienstleistungen dürfen sich nicht dadurch der demokratischen Kontrolle in unserer Stadt entziehen, dass sie an private Firmen beauftragt werden.
Dienstleistungen nicht „outsourcen“	Wir wollen die Umstände der 2004 erfolgten Privatisierung des SOPHIEN- UND HUFELANDKLINIKUMS aufarbeiten und eine Rekommunalisierung prüfen. In den Zweckverbänden müssen wir in die Position kommen, Verbraucher_innenbeiräte einzurichten. Um eine größere Zahl an Menschen dazu zu motivieren, zu einer solidarischen Versorgung bei einem kommunalen Anbieter zu wechseln, wollen wir Vergünstigungen, wie Gutscheine für das Schwanseebad oder Rabatte auf Tickets im öffentlichen Personennahverkehr einführen.
Krankenhaus in kommunaler Hand	
Demokratischer Einfluss auf Zweckverbände	Dort, wo wir Arbeitsbedingungen als Stadt direkt beeinflussen können, z.B. in der Verwaltung und bei kommunalen Betrieben und Auftragnehmer_innen, setzen wir hohe Standards an Arbeitszeiten und -bedingungen, Beschäftigungssicherheit und gute Bezahlung. Das Angebot der MOBILEN WOHNUNGSLOSENHILFE in Weimar muss auf zwei volle Stellen ausgebaut werden, da der knappe Wohnungsmarkt noch drastischer Auswirkungen auf diese Menschen hat. Wir werden im Sozialausschuss regelmäßig die Betreuung und Integration der Arbeitssuchenden abfragen und die Arbeit des Jobcenters kritisch begleiten, Entwicklungen auswerten und gewonnene Informationen mit unseren Fraktionen auf Landes- und Bundesebene austauschen. DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass es HARTZ-IV-Sanktionen nicht geben darf. Von Bund und Land wollen wir stattdessen Mittel für Eingliederungsmaßnahmen beantragen, die zwar vorhanden sind, oft aber nicht abgerufen werden. Wir wollen erstmals HARTZ-IV-Betroffene in den Jobcenterbeirat bringen, dessen Mitspracherechte ausbauen und seine Entscheidungen verbindlich machen. Das Angebot des ARBEITSLÖSENVERBANDES muss erhalten bleiben, um die fachliche Lobby der Betroffenen zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit, wo immer es möglich ist, abgemildert werden und dass das Gemeinwohl gestärkt wird. Wir werden uns gegenüber dem Jobcenter für die Finanzierung dauerhafter gemeinwohlorientierter Arbeit als Brücke zwischen dem gewinnorientierten Bereich und dem gemeinwirtschaftlichen Bereich einsetzen. Es können Arbeitsplätze nach sozialen und ökologischen Grundsätzen geschaffen werden, die dazu beitragen, Menschen wieder zur Mitbestimmung und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben anzuregen und das Zusammenleben zu stärken.
Kommunale Dienstleistungen attraktiver machen	
Gute Arbeitsbedingungen für alle	
Wohnungslosigkeit für niemanden	
Recht auf Existenz	
Jobcenterbeirat mit Betroffenen	
Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit abmildern	
Freiwilliger öffentlicher Arbeitssektor	
Wissen ist Macht: Gute Bildung für alle	Niedrigschwellige, kostenlose Erwachsenenbildung, politische Bildung und Volkshochschulkurse stärken die Beteiligungsmöglichkeiten an demokratischen Debatten sowie Entscheidungsprozessen und ebnen den Weg für die direkte Demokratie. Wir stellen uns Bestrebungen der Stadtverwaltung entgegen, Kursgebühren zu erhöhen oder die Mittel im Haushalt zu kürzen. Generationsübergreifende Medienbildung soll in Zeiten illustrierender Desinformationskampagnen dafür sorgen, dass die Menschen einen kritischen

	<p>Umgang mit Fakten, Wissen, Informationen, Wahrnehmungen, Äußerungen und Meinungen erlernen.</p>
Familien unterstützen – Kinderarmut bekämpfen	<p>Familie ist da, wo Menschen füreinander da sind und in diesem Sinne sollte Unterstützung auch gestaltet sein. Wir müssen dabei leider zur Kenntnis nehmen, dass die Zukunftschancen von Kindern immer noch von der sozialen Situation der Eltern abhängen und Alleinerziehende nochmal mehr rechtlich und sozial schlechter gestellt werden. Mit zielgerechter Förderung familiären Zusammenlebens unabhängig von der selbstbestimmt gewählten Form wollen wir hier gegensteuern.</p>
Kein Kind muss hungrig lernen	<p>Ein kostenfreies Mittagessen in den Schulen und ein Schulobstprogramm in gesunder Qualität und ohne den Einsatz von Gentechnik wollen wir zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Wirtschaftlich Benachteiligte sollen mittels des Weimar-Passes weiter vergünstigt am Kunst- und Kulturangebot teilhaben und zur Tafel gehen können. Mit dem Sozialticket soll ihnen weiter erschwingliche Mobilität ermöglicht werden. Wir wollen prüfen, wie der berechnigte Personenkreis auf Bedarfsgemeinschaften und Geringverdienende ausgeweitet werden kann. Die Richtlinie zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft muss im Sinne aller Hilfebedürftigen ständig angepasst werden.</p>
Zugang zu Kunst und Kultur	
Zugang zu Mobilität	
Gleichberechtigung und Schutz von Minderheiten	<p>Der Schutz der Rechte von marginalisierten Gruppen und Minderheiten ist integraler Bestandteil eines demokratischen Rechtsstaats. Wir legen grundsätzlich Wert auf Planungssicherheit für Beratungsstellen aller Art durch die gesicherte Beibehaltung struktureller, finanzieller und personeller Ressourcen, denn jeder Mensch kann in die Situation geraten, benachteiligt zu sein und Unterstützung zu suchen. Schuldner_innen z.B. benötigen sachkundige Beratung für eine Entschuldungsstrategie. Wartezeiten auf Neuaufnahme in einer Schuldenberatungsstelle müssen verringert werden. Familien-, Partnerschafts- und Eheprobleme bedürfen professioneller und neutraler Vermittlung. Wir wollen akzeptierende, glaubwürdige und aufklärende Drogenberatungsangebote und wo nötig ambulante und stationäre Behandlung. DIE LINKE steht dabei für eine regulierende Drogen- und Suchtpolitik. Eine Teilnahme an Modellprojekten zum legalen Bezug von Drogen durch die Stadt Weimar werden wir unterstützen. Wir setzen uns gegen Werbung für legale Drogen, wie Alkohol und Nikotin oder Glücksspiel, in Weimar ein.</p>
Beratung und Hilfe in allen Lebenssituationen	
8 In sozialen Konflikten vermitteln und moderieren	
Risikokompetenz stärken, Schäden minimieren, Suchtkranke behandeln	
Gewaltschutz als kommunale Aufgabe	<p>Gewaltschutz muss eine Aufgabe sämtlicher Akteur_innen aller politischen Ebenen sein. Inhalte der Istanbul-Konvention - das Übereinkommen des EUROPARATS zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt - die in kommunaler Verantwortung umzusetzen sind, erkennen wir an und entwickeln sie weiter. Dazu zählt es beispielsweise, eine Möglichkeit der anonymen Beweissicherung nach häuslicher und sexualisierter Gewalt vor Ort zu schaffen. DIE LINKE bekennt sich zum Erhalt des Frauenhauses als Zufluchtsort. Wir setzen uns dafür ein, dass die fehlenden Kapazitäten zeitnah ergänzt werden. Das FRAUENZENTRUM WEIMAR soll weiterhin als beratende Komponente für Betroffene wirken und beim Gewaltschutz begleitend tätig sein. Wir halten die zusätzliche Ansiedlung einer Gewaltberatung, z.B. des Projekts ORANGE, für wünschenswert, wo Impulskontrolle usw. vermittelt wird bzw. Menschen Hilfe bekommen, die handeln wollen, bevor es zur Tat kommt. Wir wollen darüber hinaus die Verwaltung beauftragen, Statistiken hinsichtlich Geschlechterverteilung ihrer Bediensteten zu führen und diese mindestens alle zwei Jahre in einer Stadtratssitzung auszuwerten. So kann es gelingen, Modelle zur Chancengleichheit bei Beförderung, Einstellung und Arbeitsflexibilisierung zu entwickeln und Arbeitszeitmodelle innerhalb der Stadtverwaltung einzuführen, die</p>
Selbstbestimmtheit für Opfer durch anonyme Beweissicherung	
Kapazitäten des Frauenhauses auf tatsächlichen Bedarf erhöhen	
Beratungsangebote	
Gleiche Anerkennung für alle	



	<p>die Vereinbarkeit von Familie oder auch Pflege und Beruf erlauben. Dazu wird der Verantwortungsbereich der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Weimar personell gestärkt und finanziell gesichert. Ein erstes Ziel ist es zudem, eine mindestens hälftige Frauenquote in leitenden Funktionen der Stadtverwaltung einzuhalten.</p>
Beeinträchtigungen und Barrieren lindern	<p>Nicht nur für Senior_innen, sondern auch für Menschen mit Beeinträchtigungen aller Art, wollen wir Technologien und Dienstleistungen für die Steigerung ihrer Lebensqualität und Selbstbestimmtheit fördern, sowie Barrieren suchen und abbauen. Die Möglichkeit, kommunale Senior_innenheime entstehen zu lassen, werden wir prüfen und wenn es möglich ist, die Umsetzung verfolgen. Somit bliebe das Geld im kommunalen Kreislauf und die zu erwartende Preisspirale der privaten Anbieter könnte bremsend beeinflusst werden. An unserer Forderung von Pflegestützpunkten halten wir weiter fest. Die Verwaltung soll den sog. Pflegekoffer der THÜRINGER AGENTUR FÜR FACHKRÄFTEGEWINNUNG (THAFF) in ihr Informationsangebot übernehmen, damit Arbeitnehmer_innen und -geber_innen aktuelle Informationen zu Regularien und Lösungen bei der Pflege eines Angehörigen zur Verfügung stehen. Wenn wir auf die Weimarer Pflegeheime blicken, müssen wir feststellen, dass bei keinem einzigen ein Mitspracherecht seitens der Stadt bei Arbeits-, Versorgungs- und Wohnbedingungen besteht. Es muss möglich sein, in öffentlicher Hand gleichzeitig an vielen Stellen für mehr Würde im Alter zu sorgen, Pflegekräfte besser zu bezahlen und dennoch weitgehend kostendeckend zu wirtschaften. Wir fordern einen Anfang zu machen und bis zu 300 Pflegeheimplätze in kommunaler Trägerschaft in Weimar in den nächsten Jahren zu schaffen. Zusammenhalt und wechselseitige Wertschätzung der Einwohner_innen unserer Stadt erwachsen aus dem Zusammenleben und aus gemeinsamer Wahrnehmung von Verantwortung. Ganz gleich aus welchen Gründen Menschen nach Weimar kommen, haben alle das Recht, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Geflüchtete sollen weiterhin in Wohnungen leben können. Das Thüringer Integrationskonzept muss eingehalten und im Sinne verbesserter Selbstermächtigung ständig fortentwickelt werden. Für DIE LINKE gilt auch auf kommunaler Ebene: Kein Beschluss darf gefasst werden, der Einzelne oder Gruppen diskriminiert. Hohe Standards gelten für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität.</p>
Wohnortnahe Versorgungseinrichtungen	
Pflege und Beruf vereinbaren	
Pflege rekommunalisieren - Standards verankern	
Teilhabe für alle Mitmenschen	
Thüringer Integrationskonzept beachten	
Diskriminierung für niemanden	
Solidarisches Zusammenleben der Generationen	<p>Insgesamt wollen wir das Landesprogramm SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN DER GENERATIONEN hinsichtlich der Förderschwerpunkte auf kommunaler Ebene umsetzen. Die bereits begonnene Sozialplanung wollen wir stärken und weitergestalten und dabei Einwohner_innen beteiligen. Vergleichbar mit einer Inventur wird geprüft, welche sozialen Angebote in der Stadt bestehen, wie sie aufeinander abgestimmt sind und welche fehlen. Als Grundlage für die Bedarfsermittlung sollten die Ergebnisse der integrierten Berichterstattung ausgewertet und zielgerichtete Angebote in den Wohngebieten mit besonderem Förderbedarf verstärkt angeboten werden. Hier gibt es bereits Fortschritte, aber Weimar muss sich nun für weitere Stufen des Programms qualifizieren, denn bestehende Projekte können abgesichert werden und hinzukommende Angebote ergänzen die Bedarfe der Menschen in Weimar.</p>
Soziale Angebote abstimmen, absichern, ausbauen und vermitteln	

#### 4. Ein Weimar, in dem es sich für alle zu leben lohnt

Weimar hat vieles vergleichsweise erschwinglich zu bieten, das es sonst nur in Großstädten gibt. Wir machen dabei keinen Unterschied zwischen Hoch- oder

Gleichbehandlung von Hoch- und Breitenkultur	Breitenkultur. Jazz, Klezmer, Graffiti, Zwiebelmarkt und Kleinkunst stehen nicht in Konkurrenz zu BAUHAUS, LISZT, GOETHE und SCHILLER oder dem CRANACH-Altar. Alles zusammen macht die kulturelle Vielfalt Weimars aus und Weimar so
Kreative und Kulturschaffende stärken	interessant und bedeutungsvoll. Die Kreativen beeinflussen sich hier gegenseitig und quer über willkürliche Rubriken hinweg, worin ein Teil des Weimarer Geists und Erfolgs begründet liegt. Wir unterstützen alle Möglichkeiten für Kulturschaffende
Kultur entwickeln – Einwohner_innen einbeziehen Eckpfeiler Weimars stärken	und Künstler_innen in Weimar, sich miteinander zu vernetzen. Wir fordern ein Kulturentwicklungskonzept für Weimar mit Beteiligung von Einwohner_innen, Expert_innen, Kultur- und Tourismusbranche. Das DEUTSCHE NATIONALTHEATER und der Besitz der KLASSIKSTIFTUNG WEIMAR sind die bedeutendsten Eckpfeiler der Kultur und Geschichte unserer Stadt. Gemeinsam mit dem Bund und dem Land wollen wir diese Institutionen stärken und zukunftsfähig entwickeln. Den Beitrag der Stadt Weimar stellen wir nicht in Frage, verweisen aber auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der verschiedenen Träger. Gegenüber dem Land werden wir einfordern,
Weimars Ur- und Frühgeschichte vor Ort erleben	dass auch im Falle der Neugestaltung eines MUSEUMS FÜR ARCHÄOLOGIE UND GESCHICHTE THÜRINGENS die für unsere Stadt identitätsstiftende sowie mit dem Engagement von Einwohner_innen entstandene und gewachsene Sammlung zur Ur- und Frühgeschichte weiterhin angemessen vor Ort in Weimar museal präsentiert wird.
Subkultur und Nachtleben	Zur lebenswerten Alltagskultur gehört aber auch der Erhalt der bemerkenswerten Weimarer Kneipenlandschaft und sonstiger Orte des täglichen Lebens. C. KELLER und GERBERSTRASSE 1 und 3 stellen mit ihrer sozio-kulturellen Ausrichtung gerade für junge Menschen eine einzigartige und zu unterstützende Anlaufstelle dar. Für die Rekonstruktion und Modernisierung der Volkshochschule sowie dem Jugend- und Kulturzentrum MON AMI werden wir uns stark machen.
10 Engagement anerkennen und fördern	Wir unterstützen mit Rat und Tat jene Weimarer_innen, die sich in Initiativen und Vereinen engagieren oder sich politisch einmischen. Damit es noch viel mehr von ihnen werden können, müssen berechtigte Anliegen schneller zu Erfolgserlebnissen führen und Einwohner_innen sollten die Zeit haben, andere von ihren Argumenten zu überzeugen, statt sich mit Bürokratie oder fehlenden Informationen zu beschäftigen. Mehr Einwohner_innenbeteiligung ist Voraussetzung für eine moderne Stadtentwicklungspolitik. Für einzelne Gruppen wie Personen mit Beeinträchtigung oder Senior_innen existieren bereits Beiräte, um ihre Interessen besser zu berücksichtigen. Für sie fordern wir ein garantiertes Antrags- und Rederecht im Stadtrat und wollen, dass ein entsprechendes Gremium für Frauen und Gleichstellung hinzutritt. Wir machen uns stark für Vereinsunterstützung, -förderung und erweiterte Mitspracherechte kommunaler Initiativen. Zur Erleichterung der Arbeit als Stadtrat oder als sachkundiger Bürger soll diesen zu Sitzungen ein Hin- und Rückfahrtticket im ÖPNV angeboten werden, um einerseits die Vorbildwirkung städtischer Verantwortungsträger_innen zu erhöhen und andererseits Aufwand für ein breiteres Feld an Einwohner_innen auszugleichen. Wir werden die BÜRGERSTIFTUNG und die EHRENAMTSAGENTUR unterstützen und ausbauen. Die Landesregierung hat neue Möglichkeiten für Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid geschaffen. Wir nehmen die Verwaltung in die Pflicht, Einwohner_innen zu informieren und bei der Wahrnehmung direktdemokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten zu unterstützen. Für die Stadt Weimar streben wir den Erlass einer Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung (Beteiligungssatzung) an. Den Verein MEHR DEMOKRATIE E.V. sehen wir darin als Partner. Damit alle Interessierten das kommunalpolitische Geschehen in Weimar nachvollziehen können, treten wir für
Demokratische Teilhabemöglichkeiten stärken	
Rechte von Gruppenvertretungen ausbauen	
Anreize, Mittel und Selbstverwaltung für Vereine Ehrenämter und Engagement unterstützen	
Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid konkret machen	
Beteiligungssatzung	

Transparenz in Stadtrat und Verwaltung	öffentliche Ausschusssitzungen und einen Video-Livestream der Stadtratssitzung mit anschließender dauerhafter Speicherung in einem Web-Archiv ein. Wir glauben an das sog. Subsidiaritätsprinzip, also dass Entscheidungen so nah wie möglich an den
Neues Ortsteilrecht für alle Weimarer_innen ausschöpfen	Menschen getroffen werden sollten, die sie betreffen. Wir halten daran fest, dass alte Ortsteile erhalten und sich unter Einwohner_innenbeteiligung neue Innenstadtortsteile sinnvoll bilden.
Kinder und Jugendlichen durch Bildung zur Teilhabe ermächtigen	Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen trägt entscheidend dazu bei, dass sie zu verantwortungsvollen Erwachsenen und aktiven Teilnehmer_innen am demokratischen Prozess werden. Den in Thüringen neu geschaffenen Feiertag zum Weltkindertag am 20. September werden wir nutzen, um zu Kinderrechten zu informieren und sensibilisieren. Wir werden Möglichkeiten schaffen, dass Kinder stärker als bislang ihre eigenen Interessen vertreten können. Wo immer sich die Möglichkeit ergibt, sorgen wir für mehr Mittel für alle bildungsbezogenen
Soziale Arbeit	Haushaltspunkte und barrierefreie Schulen. Der Schulsozialarbeiterschlüssel muss auf mindestens eine volle Stelle an jeder Schule anwachsen. Der Jugendförderplan ist an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir stehen zur Inklusion – deshalb wollen wir im Zuge nötiger Schulsanierungen mehr Sozialarbeitsräume (sog. Differenzierungsräume) vorsehen, wo individuelles Eingehen auf ein einzelnes Kind oder kleinere Gruppen möglich wird. Heranwachsende verbringen ihre Zeit aber nicht nur in der Schule: Die Nutzung von zusätzlichen Lernangeboten, Kultur und Sport muss für sie unentgeltlich und ohne Vereinsmitgliedschaft möglich sein. Wir nutzen Chancen, verteilt in der gesamten Stadt und ihren Ortsteilen Skateparks, Bolzplätze etc. bereitzustellen, wo Jugendliche freien Zugang haben und sich gemeinsam ausleben können. Wir treten dafür ein, dass die Stadt Vereinsmitgliedschaften und Ausstattung benachteiligter Kinder unterstützt - ob in Sportvereinen oder der
Inklusion ermöglichen	Musikschule. Für uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlichster kultureller und finanzieller Hintergründe miteinander leben, spielen und lernen. Dafür ist es entscheidend, dass Kinder und Jugendliche in Weimar ausreichend Anlaufstellen vorfinden, an denen sie zusammenfinden können, ohne den Zwang, etwas zu konsumieren und ohne für ihre Freizeitgestaltung kriminalisiert zu werden. Daher ist das flächendeckende Angebot von Jugendeinrichtungen, wie z.B dem ECKI-CLUB, sowohl in den Ortsteilen als auch in der Innenstadt unumgänglich. Eine ausreichende Versorgung mit Mitteln und Sozialarbeit ist dafür Voraussetzung. Wir fordern eigene Budgets und Etatstärkung für den Kinder- und Jugendbeirat, sowie den Jugendring. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe leisten in Weimar gute Arbeit und ihnen gebührt unsere Unterstützung. Das funktioniert vor allem wegen der Vielfalt ihrer Konzepte, weshalb wir die Gleichbehandlung auch kleinerer Träger konsequent einfordern werden. Wir erwarten von ihnen dafür durchsichtige Strukturen und nachvollziehbare Mittelverwendung, sowie das Einräumen demokratischer Mitspracherechte aus dem gewählten Stadtrat. Wir wollen die Kinderbeauftragte durch mehr Handlungsoptionen stärken. Kinder, die durch diese Instrumente erreicht werden können, bilden leider immer noch nicht den Querschnitt der Gesellschaft ab. Wir werden Wege prüfen, wie wir vor allem sozial Benachteiligte besser berücksichtigen können.
Talente benachteiligter Kinder fördern	Wir sind überzeugt: Geld sollte den Menschen dienen, nicht die Menschen dem Geld. Notwendige Investitionen dürfen nicht Opfer einer Politik der „schwarzen Null“ werden und so als Schulden der Zukunft zu Lasten künftiger Generationen wirken. Um den Anteil eigener städtischer Steuereinnahmen zu erhöhen, muss Weimar für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiv sein. Zukunftsfähige und
Gemeinsame Freizeit ohne Konsumzwang und Kriminalisierung	
Mittel für Kinder und Jugend stärken	
Trägermodelle gleichbehandeln	
Kinderrechte flächendeckend durchsetzen	
Haushalt und Wirtschaft sozial denken Keine Austerität	

Wirtschaftskonzept	nachhaltige Unternehmensansiedlungen dürfen dabei nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern sollen einem Wirtschaftskonzept der Stadt folgen. Zur Stärkung von Synergieeffekten soll eine branchenspezifische Entwicklung ebenso berücksichtigt werden, wie die Betrachtung ökologischer und sozialer Kriterien, wie bspw. dem DGB-Index GUTE ARBEIT.
Gute Löhne, erfüllende Aufgaben Absolvent_innen zum Bleiben bewegen	Absolvent_innen der Weimarer Hochschulen sind potenzielle Existenzgründer_innen kreativer und innovativer Unternehmen mit flachen Hierarchien in Weimar, die bereits einen positiven Bezug zu unserer Stadt mitbringen – Wir wollen mehr von ihnen überzeugen, hier zu bleiben. Die Voraussetzung dafür ist, dass mehr Ateliers, Studios, Proberäume und Geschäftsräumlichkeiten in erreichbarer Nähe und zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen oder ihre Erreichbarkeit zumindest nicht mehr von der Tageszeit abhängen darf. Es ist ein fatales Signal, dass der Haushalt für die Kreativwirtschaft auf Null gesetzt wurde, denn auch der Erhalt der progressiven Aura und der freiheitlichen Arbeitsatmosphäre spielt eine wesentliche Rolle. Tüftler_innen und Kreative wie FREIFUNK-Initiativen, die experimentelle Ideen erproben wollen, sollen von der Stadt und ihren Unternehmen Unterstützung und Zugangsmöglichkeiten für ihre Gebäude und Infrastrukturen erhalten.
Fortschritt braucht Raum für Experimente	Weimar als Stadt der kurzen Wege hat aber auch eine Einzelhandelsstruktur zu bieten, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Sie soll gerade gegenüber der Online-Konkurrenz gestärkt werden: Wir wollen ein städtisches Vernetzungs- und Beratungsangebot als neutralen Boden für interessierte Einzelhändler_innen, Handwerker_innen, Künstler_innen, Kunsthandwerker_innen und Kulturschaffende beantragen, um mit ihnen gemeinsam ein genossenschaftliches Internetangebot aufzubauen. Dort sollen vor allem Weimarer_innen sofort erkennen können, ob ein bestimmtes Produkt in einem Laden der Stadt vorrätig ist.
Einzelhandel gegen Online-Konkurrenz stärken	Ein Besuch in Weimar ist etwas Besonderes und hat einen hohen Wert. Die WEIMAR GMBH erzeugt für unsere Stadt zuverlässig nationale und internationale Aufmerksamkeit und entwickelt den Tourismus mit stetiger, aber verträglicher Steigerung weiter. Mit einem ausgewogenen und modernen Stadtmarketing wollen wir dazu beitragen, vorhandene Kapazitäten auszulasten, ohne dabei die Interessen der Einwohner_innen und Umweltschutzbelange wachsenden Besucherzahlen zu opfern.
Für einen ausgewogenen Tourismus	Wir wollen die Beziehungen zu den Kommunen des Landkreises, aber vor allem den angrenzenden Gemeinden ausbauen und Kooperationen entwickeln. Dabei werden wir die Diskussion über ein Regionalkreismodell forcieren, indem die Stadt Weimar eine größere Verantwortung für das Umland übernimmt und alle, Stadt wie Landkreis, hiervon profitieren. Wir erwarten von der Bundes- und auch der Landesebene, dass im Rahmen von Funktional- und Verwaltungsreformen auf die Kommunen übertragene Aufgaben auch finanziert werden.
Beziehung zum Landkreis stärken	
Wer bestellt, bezahlt	